

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 97 (2022)
Heft: 1

Artikel: Bürgerkriege im Nahen Osten
Autor: Goertz, Stefan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1005963>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bürgerkriege im Nahen Osten

Aufgrund der Pandemie veröffentlichten Medien in Europa nur noch wenige Beiträge über die Lage im Irak und Syrien. Hat sich die Lage massiv stabilisiert? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Prof. Dr. Stefan Goertz, Bundespolizei, Hochschule des Bundes, Lübeck,
Oberstleutnant d.R. der Bundeswehr

Dieser Beitrag stellt die persönliche Auffassung des Autors dar.

In Syrien herrscht seit 2011 ein blutiger Bürgerkrieg, nach aktuellen Angaben wurden dort 350 000 Zivilisten getötet. Der Bürgerkrieg in Syrien wird hier als verdrängter Bürgerkrieg vor den Toren Europas untersucht.

Die «Koalition der Willigen» unter dem damaligen US-Präsidenten George Bush junior stürzte den Diktator Saddam Hussein 2003 durch eine militärische Intervention. Eine demokratische Verfassung und Wahlen wurden etabliert, doch das zweite Hauptkapitel dieses Beitrages zeigt, dass das politische und wirtschaftliche System im Irak äusserst defizitär ist, der Irak, trotz seines Ölreichtums, als failing state beschrieben werden muss.

Syrien: der verdrängte Bürgerkrieg

Syrien ist und bleibt die grösste humanitäre Katastrophe in der europäischen Nachbarschaft. Mehr als zehn Jahre sind seit Ausbruch des Kriegs in Syrien vergangen. In Deutschland ist inzwischen das vierte Kabinett in Folge mit diesem Bürgerkrieg befasst. Zahlreiche Beamte in den damit befassten Ressorts wurden seit 2011 schon mindestens drei Mal durchgetauscht. Auf Französisch wird in Bezug auf die EU und Syrien von «attentisme» gesprochen, von einem «energischen Abwarten zu Syrien».

Nach Angaben der Vereinten Nationen aus dem Herbst 2021 sind in Syrien seit dem Ausbruch des Bürgerkriegs vor zehn Jahren mehr als 350 000 Zivilisten getötet worden.

Dies ist allerdings lediglich die Zahl der eindeutig identifizierbaren Opfer, die

tatsächliche Zahl der Todesopfer liegt wahrscheinlich noch deutlich höher. Die Zahl von mehr als 350 000 Todesopfern wurde von der UN-Menschenrechtskommissarin, Michelle Bachelet, bekannt gegeben.

Unter den 350 209 dokumentierten Todesopfern sind nach Angaben von Bachelet 26 727 Frauen und 27 126 Kinder. Die meisten Menschen starben in Aleppo (51 731), gefolgt vom Grossraum Damaskus mit 47 483 und der Stadt Homs mit 40 986 Toten.

«Hinter jedem verzeichneten Tod stand ein Mensch, frei geboren und gleich an Würde und Rechten», sagte die frühere chilenische Präsidentin Bachelet. Das Unrecht und der Schrecken jedes dieser Schicksale müsse zum Handeln nötigen. Der Alltag der syrischen Bevölkerung sei «nach wie vor von unvorstellbarem Leid gezeichnet, und die Gewalt, die sie ertragen müssen, nimmt kein Ende».

Im März 2011 waren in Syrien Proteste gegen das System von Präsident Baschar Al Assad gewaltsam niedergeschlagen worden.

Der Konflikt entwickelte sich zu einem Bürgerkrieg, in den viele ausländische Mächte eingriffen. Millionen Bürgerkriegsflüchtlinge haben das Land verlassen, viele davon in die Türkei und nach Europa.

Mithilfe Russlands und des Irans konnte die Regierung Al Assad nach anfänglichem Gebietsverlust wieder grosse Teile des Landes einnehmen. Im Osten herrschen Kurden mit US-Unterstützung, in Teilen Nordsyriens türkische Truppen und islamistische Milizen.

Nach Angaben der UN kontrolliert das System Assad derzeit rund 70 Prozent des Landes und 40 Prozent der Bevölkerung. Nach einer umstrittenen Wahl ist er im Juli 2021 für eine vierte Amtszeit vereidigt worden. UN-Menschenrechtsbeobachter sehen derzeit keine Hoffnung für eine dauerhafte Aussöhnung in dem Bürgerkriegsland. Es gebe nach wie vor einen «Krieg gegen die Zivilbevölkerung» durch syrische Sicherheitskräfte.

Wie finanziert sich das System Assad? Drogen aus dem Bürgerkriegsland Syrien überschwemmen den Nahen Osten. Das Regime von Präsident Al Assad lässt nach Angaben von Nachbarstaaten und US-Behörden grosse Mengen des illegalen Auf-



Syrien ist und bleibt die grösste humanitäre Katastrophe in der europäischen Nachbarschaft. Im Bild: Russische Truppen 2016 in Aleppo.

putschmittels Captagon herstellen und exportieren.

Bis nach Niederbayern/Deutschland gelangt die Droge aus Syrien. Überall im Nahen Osten taucht das Captagon aus syrischen Drogenküchen auf. Im Frühjahr fanden saudische Drogenfahnder in der Hafenstadt Jeddah mehr als fünf Millionen Captagon-Pillen, die in ausgehöhlten Granatäpfeln versteckt waren.

Die Lieferung kam aus dem Libanon, doch die Granatäpfel stammten aus Syrien. Im November beschlagnahmten die saudischen Behörden eine weitere Lieferung von 2,3 Millionen Pillen aus Syrien. Saudi-Arabien ist einer der grössten Märkte für das illegale Rauschmittel, wie die UN in ihrem Drogenreport für das Jahr 2021 feststellten.

Captagon wurde in den 1960er-Jahren in Deutschland entwickelt und legal auf den Markt gebracht, etwa 20 Jahre später aber verboten.

Das Präparat steigert die Aufmerksamkeit, verhindert Ermüdung und unterdrückt Schmerzen. Es macht aber auch abhängig und kann langfristig Depressionen und Herzschäden auslösen. In Syrien wurde Captagon als Droge für Kämpfer im Bürgerkrieg bekannt.

Nach der Entdeckung der ausgehöhlten Granatäpfel stoppte Saudi-Arabien den Import aller landwirtschaftlichen Produkte aus dem Libanon, doch die Schmuggler haben andere Wege - darunter Drohnen, die mit Rauschgiftpaketen beladen aus Syrien über die Grenze nach Jordanien fliegen. Von dort aus werden die Pillen nach Saudi-Arabien transportiert.

Neben Deutschland tauchte Captagon aus Syrien auch in anderen EU-Ländern auf. Im Jahr 2020 beschlagnahmten die italienischen Behörden mehr als 80 Millionen Pillen, 2019 stiessen griechische Beamte auf etwa 40 Millionen Stück. US-Regierungsangaben zufolge ist seit Februar 2020 weltweit Captagon aus Syrien bzw. dem Libanon mit einem Strassenwert von 2,7 Milliarden Euro sichergestellt worden. Mehr Geld, als Syrien mit legalen Ausfuhren verdiene.

Ein Drogenhandel in dieser Grössenordnung ist nicht ohne Mitwirkung der Assad-Regierung denkbar. Die «New York Times» berichtete im Herbst 2021, eine Armee-Einheit unter dem Befehl von As-



Bild: Wikimedia

Künftig solle es nur noch eine Gruppe von Militärberatern der Koalition geben, die Iraks Sicherheitskräfte unterstützen würden. Der Einsatz des Bündnisses hatte begonnen, nachdem der IS 2014 grosse Gebiete im Norden und Westen des Iraks überrannt hatte.

sads Bruder Maher sei die treibende Kraft bei der Captagon-Herstellung. Maher Asads Truppe, die 4. Panzerdivision, bewache demnach die Drogenfabriken und organisierte den Transport ins Ausland.

Der ehemalige US-Syrienbeauftragte Joel Rayburn sagte der «New York Times», in Syrien gehe es nicht um Drogenkartelle ausserhalb der Kontrolle der Regierung, «die syrische Regierung selbst exportiert das Rauschgift». Auch die Hisbollah-Miliz im Libanon beteilige sich an diesen lukrativen Drogengeschäften, so der Bericht.

Irak – gescheiterte Hoffnungen

Vier Jahre nach dem militärischen Sieg gegen die Terrormiliz «Islamischer Staat» (IS) hat US-Präsident Biden den Kampfeinsatz der USA im Irak im Dezember 2021 offiziell beendet und die verbliebenen US-Kampftruppen abgezogen.

Künftig solle es nur noch eine Gruppe von Militärberatern der Koalition geben, die Iraks Sicherheitskräfte unterstützen würden. Der Einsatz des Bündnisses hatte begonnen, nachdem der IS 2014 grosse Gebiete im Norden und Westen des Iraks überrannt hatte.

Mit internationaler Unterstützung, auch der Bundeswehr, konnten die irakischen Sicherheitskräfte die Extremisten nach und nach zurückdrängen.

Im Dezember 2017 erklärte der damalige irakische Regierungschef Haidar Al Abadi den Sieg über den IS. Internationale Beobachter gehen davon aus, dass sich aber weiterhin um die 2000 US-Soldaten als Ausbilder und Berater im Irak aufhalten werden.

Vor allem die einflussreichen pro-irakischen schiitischen Milizen und Parteien im Irak verlangen einen vollständigen US-Abzug. In den vergangenen Monaten waren mehrfach Einrichtungen angegriffen worden, die von den USA genutzt werden.

Der IS ist militärisch zwar offiziell besiegt, autonome Zellen dieser Miliz verüben aber immer wieder Angriffe und Anschläge, vor allem auf irakische Sicherheitskräfte.

Ebenso wie Afghanistan ist auch der Irak ein Land der gescheiterten Hoffnungen, gemessen an den rund um die US-Invasion von 2003 verkündeten Erwartungen. «Die Errichtung eines freien Iraks im Herzen des Nahen Ostens wird ein Wendepunkt in der globalen demokratischen Revolution sein», hatte der damalige US-Präsident George Bush im November 2003 erklärt.

Heute ringt der Irak um seinen Eigenständigkeit gegenüber dem übermächtigen Nachbarn Iran.

Auch im Irak begingen die Interventionsmächte grundlegende Fehler. Nachdem die «Koalition der Willigen» im Jahr 2003 dort einmarschiert war, erliess der US-Zivilverwalter für den Irak, Paul Bremer, eine Reihe folgenreicher Entscheidungen.

Er privatisierte die staatlichen Betriebe, löste die von dem gestürzten Diktator Saddam Hussein dominierte Baath-Partei sowie die irakische Armee auf. Die Folge: Tausende Iraker sahen sich um ihr wirtschaftliches Fundament gebracht. Ein Teil derer, die es nicht bei Frust und Abneigung



Bild: Wikimedia

In den europäischen Medien und in der europäischen Politik ist es seit Beginn der Corona-Pandemie sehr still geworden, was eine wirksame Aussen- und Sicherheitspolitik, Flüchtlingspolitik und Wirtschaftspolitik in Bezug auf die Bürgerkriegsländer Syrien und Irak angeht.

gegen die Interventionsmächte belissen, wandte sich dschihadistischen Gruppen zu, allen voran Al Qaida und dem «Islamischen Staat» (IS), die das Land mit einer beispiellosen Welle der Gewalt überzogen.

Bei einem Anschlag der Terrormiliz «Islamischer Staat» in den engen Gassen des Al-Wahailat-Marktes von Sadr City im Juli 2021 starben auf einem Markt in einem schiitischen Viertel mindestens 35 Menschen. «Frauen lagen blutüberströmt auf dem Boden, andere riefen verzweifelt nach ihren Kindern», berichtete ein Augenzeuge – etwa die Hälfte der Opfer waren Frauen und Kinder. Dutzende wurden verletzt.

Das irakische Innenministerium sprach von einem lokal hergestellten Improvised Explosive Device. Wenige Stunden nach dem Anschlag reklamierte der IS auf einem einschlägigen Kanal des Nachrichtendienstes Telegram diese heimtückische Tat für sich. Westliche Nachrichtendienste beobachten seit Monaten, dass sich der IS im Untergrund neu formiert hat und wieder vermehrt Anschläge im Irak verübt.

Bei einem Anschlag auf einen Markt für Second-Hand-Kleidung im Januar 2021 in einem anderen Teil Bagdads starben 32 Menschen. Ziele der IS-Bombenanschläge sind immer schiitische Viertel, der IS will den Bürgerkrieg Sunniten versus Schiiten befeuern.

Die Aufteilung politischer Ämter im Irak nach einem Proporz der Religions- und Volksgruppen, auf Arabisch Muhasasa genannt, gilt vielen Irakern als Wurzel der grassierenden Korruption.

Diese Aufteilung politischer Ämter sollte nach dem Sturz Saddam Husseins durch die Amerikaner politische Teilhabe für alle Gruppen im Irak garantieren, doch

daraus entwickelte sich ein System, in dem Politiker ihre Ämter dazu missbrauchen, ausschliesslich ihre Klientel aus Kassen des Staates zu alimentieren. Gegen dieses System richteten sich die überwiegend jungen Demonstranten, deren Proteste brutal niedergeschlagen wurden – wiederum unter Beteiligung der von Iran gesteuerten Milizen.

Seit dem Sommer 2021 trauen sich viele Iraker nicht mehr auf die Strasse, weil bei den Kundgebungen scharf geschossen wird und immer wieder Aktivisten ermordet werden, dahinter werden oft schiitische Milizen vermutet, die dank ihres Einflusses auf die Regierung von den Sicherheitsbehörden meist nicht belangt werden.

Doch unter der Oberfläche brodelte es gewaltig. Bei einem Brand in der Corona-Station eines Krankenhauses in Nasiriya im Südirak wurden im Sommer 2021 mehr als 60 Menschen getötet, nachdem Ende April in Bagdad bei einem ähnlichen Vorfall schon mehr als 80 Menschen umgekommen waren.

Das Gesundheitswesen ist unterfinanziert und leidet nach Jahren des Krieges unter der Abwanderung von Ärzten und qualifiziertem Pflegepersonal, was die Probleme in der Corona-Pandemie noch verschärft.

Dazu kommen Stromausfälle in weiten Teilen des Landes. Millionen Iraker haben zudem keine Versorgung mit trinkbarem Wasser.

Die Armut greift in dem an Öl reichen Land um sich – 27 Prozent der etwa 40 Millionen Iraker leben nach offiziellen Angaben unter der Armutsgrenze, 30 Prozent der Jugendlichen haben keine Arbeit – im Irak sind 58 Prozent der Bevölkerung jünger als 25 Jahre.

Mehr als sieben Millionen beziehen ein Gehalt oder Pensionen vom Staat, doch seit dessen Einnahmen laut der Weltbank im Jahr 2020 um fast die Hälfte eingebrochen sind, zahlt die irakische Regierung unregelmässig, oft auch gar nicht.

Im Dezember 2021 wertete die Regierung zudem den Dinar gegenüber dem Dollar um 20 Prozent ab, was importierte Lebensmittel und Produkte für viele Menschen endgültig unerschwinglich machte.

All dies sind Zutaten für einen sich perputierenden Bürgerkrieg. Zwar auf niedrigerer Flamme als in Syrien, aber diese massiven wirtschaftlichen Probleme erleichtern es Milizen und Extremisten unter jungen Männern zu rekrutieren und zusätzlich werden viele junge Menschen das Land in Richtung Europa verlassen wollen. «Terrorismus und das Versagen der Regierung stehlen uns weiter unsere Leben», schrieb der Aktivist Alaa Sattar auf Twitter.

Fazit

In den europäischen Medien und in der europäischen Politik ist es seit Beginn der Corona-Pandemie sehr still geworden, was eine wirksame Aussen- und Sicherheitspolitik, Flüchtlingspolitik und Wirtschaftspolitik in Bezug auf die Bürgerkriegsländer Syrien und Irak angeht.

Dort perpetuieren sich terroristische Morde, Bürgerkriegskonfliktspiralen, Regierungsversagen auf einem solch problematischen Niveau, dass der Nahe Osten für viele Jahre eine höchst fragile Konfliktregion bleiben wird.

Die dortigen Bürgerkriege werden noch sehr lange anhalten – auf unterschiedlichem Niveau – und auch massive Folgen für Europa haben. ✚